

Die Bewohner von Bondo tun sich schwer mit der anhaltenden Medienpräsenz **SEITE 14, 15**

Der Uno-Menschenrechtsrat ermuntert die Schweiz zu mehr Engagement gegen Diskriminierung **SEITE 17**

# «Wir haben 8 Millionen Flugzeugexperten»

Verteidigungsminister Guy Parmelin erklärt, wie er das Stimmvolk von den neuen Kampffjets überzeugen würde

Herr Parmelin, die Erneuerung der Luftverteidigung soll acht Milliarden Franken kosten – ein schwindelerregender Betrag angesichts eines eher unwahrscheinlichen Luftangriffs auf die Schweiz.

Es geht um nichts Geringeres als den Schutz der Schweizer Bevölkerung vor Angriffen aus der Luft. Aus diesem Grund müssen wir das Gesamtbild im Auge behalten. Die Luftwaffe hat verschiedene Aufgaben, für die sie Kampffjets benötigt. Sie wird ab 2021 rund um die Uhr Luftpolizeidienst leisten. Hinzu kommen Situationen mit erhöhten Spannungen, etwa wenn zwei internationale Konferenzen gleichzeitig stattfinden. Oder auch bei Konflikten in Europa wie im Kosovo Ende der neunziger Jahre. Und dann gibt es noch den Fall eines Luftangriffs. Wer weiss schon, wie Europa im Jahr 2055 aussieht.

Auf welches Szenario sind die acht Milliarden ausgerichtet?

Sie sind für den Luftpolizeidienst, erhöhte Spannungen in Europa und einen möglichen Angriff aus der Luft. Würde der Luftangriff länger als zwei Monate dauern, hätten wir wohl zu wenig Kapazitäten. Dafür würde nicht einmal die Maximalvariante mit 70 neuen Kampfflugzeugen ausreichen. Die acht Milliarden sind aber nicht nur für Kampfflugzeuge, sondern auch für die bodengestützte Luftverteidigung. Beide Systeme zusammen ergeben ein effizientes Gesamtsystem.

Aber gerade dies wird als Argument für neue Kampffjets vorgebracht: Die Luftwaffe muss das Land verteidigen können. Das ist richtig, aber vor allem in einer Zeit mit grossen Krisen. Die Armee muss mit den Kampffjets und der bodengestützten Luftverteidigung beispielsweise unbekannte Flugobjekte, die in den Schweizer Luftraum eindringen, abfangen können.

Können Sie das Bedrohungsszenario für die Schweiz konkretisieren?

Während des Kosovo-Krieges mussten wir schauen, dass der Schweizer Luftraum und damit unsere Neutralität von den Kriegsparteien nicht verletzt wird. Wir könnten dies auch delegieren. Aber dann könnten wir gleich die Armee abschaffen und wären dann weder neutral noch glaubwürdig.

Was wäre ein Szenario eines Luftangriffs gegen die Schweiz?



Guy Parmelin: «Dann könnten wir gleich die Armee abschaffen.» SIMON TANNER / NZZ

Ein Angriff auf die Schweiz ist zurzeit glücklicherweise wenig wahrscheinlich. Aber wir dürfen nichts ausschliessen und müssen langfristig denken: Der Kauf der Kampfflugzeuge ist eine Investition für die nächsten 20 bis 30 Jahre. Ohne eine starke Luftwaffe wären wir bei einem Angriff schutzlos ausgeliefert.

Der Bundesrat hat noch nicht entschieden, ob das Stimmvolk das letzte Wort

haben soll zu den neuen Kampfflugzeugen. Was ist Ihre Meinung?

Ich habe keine Angst, das Geschäft vor dem Volk zu verteidigen. Zu den beiden letzten Kampffjet-Beschaffungen gab es Abstimmungen. Ich werde dem Bundesrat verschiedene Varianten vorschlagen. Eine davon ist der Planungsbeschluss. Dabei ginge es um einen Grundsatzentscheid, der dem Referendum unterstellt wäre: eine gewisse Anzahl neuer

Kampffjets und ein neues System zur Flugabwehr für einen bestimmten Betrag. Eine weitere Variante wäre eine Änderung des Militärgesetzes, die dem Referendum unterstellt wäre. Hier stört mich, dass das Militärgesetz indirekt benutzt würde für ein Finanzreferendum. Wir werden nun Vor- und Nachteile mehrerer Varianten prüfen.

Verstehen wir Sie richtig: Sie sind für eine Volksabstimmung?

Ich überlasse Ihnen die Interpretation.

Ihre Partei betont regelmässig die Bedeutung des Volkswillens.

Ich habe Vertrauen in das Stimmvolk. Es äussert sich zu extrem komplexen Vorlagen. Ich würde dem Volk die Bedeutung der Kampffjets und der bodengestützten Luftverteidigung erklären. Acht Milliarden Franken sind ein grosser Betrag. Doch wie viel Geld geben wir jedes Jahr für andere Bereiche beim Bund aus? Dazu wird nie eine Volksabstimmung gefordert.

2014 hat das Volk das 3-Milliarden-Budget für den Gripen als Tiger-Teilersatz abgelehnt. Jetzt geht es um deutlich mehr. Sind Sie zuversichtlich, dass das Volk trotz dem viel höheren Betrag zustimmt? Jetzt müssen wir die gesamte Flotte ersetzen. Zudem brauchen wir auch ein neues System für die Fliegerabwehr. Aufgrund der technischen Entwicklung sind Jets und Systeme teurer geworden. Die Kosten für die Flugzeuge ergeben einen Systempreis, welcher auch die Installationen am Boden einschliesst. Wir gehen von einem durchschnittlichen Preis eines Kampfflugzeugs inklusive Ausrüstung, Bewaffnung und Logistikpaketen von rund 200 Millionen Franken aus. Diese Faktoren erklären die höheren Kosten.

Trotzdem sind Sie zuversichtlich?

Eine Abstimmung ist nie ein Sonntags-spaziergang. Die Gegner werden mit den Emotionen spielen. Ich staune aber immer wieder, wie die Stimmbürger eine Vorlage studieren und sich eine Meinung bilden. Wir müssen nüchtern den Bedarf und die sicherheitspolitischen Aspekte erklären. Kleinste Zweifel über die Notwendigkeit können zu einer Ablehnung führen.

Falls es eine Abstimmung gibt, wird sie laut Fahrplan des Bundesrats nicht über den Flugzeugtyp sein. Ist dies eine Lehre aus dem Gripen-Nein?

In der Schweiz haben wir acht Millionen Flugzeugexperten. Aber bei einer Abstimmung sollte es um die allgemeine Frage zu neuen Kampffjets gehen. Trotzdem schliesse ich nicht aus, dass über einen Flugzeugtyp abgestimmt wird.

Welches Flugzeug hätten Sie denn gerne?

Ich habe keine Präferenz. Meine Kriterien sind: Wirksamkeit, Zweckmässigkeit, Wirtschaftlichkeit. Nach diesen Leitlinien wird übrigens auch die Vergütungspflicht von ärztlichen Leistungen in der Krankenversicherung festgelegt. Wir müssen realistisch und pragmatisch sein.

Ist es wirklich sinnvoll, auch den F-35 zu evaluieren – ein amerikanischer Jet und teuer dazu?

Wir haben das Feld im Vergleich zur letzten Evaluation bewusst geöffnet. So können wir auch neue Technologien und Flugzeugtypen prüfen. Zahlreiche europäische Länder haben sich für den F-35 entschieden.

Neben der neuen Luftverteidigung will der Bundesrat weitere acht Milliarden Franken für die Bodentruppen.

Wir werden sicher nicht alle Panzer ersetzen. Es gibt Führungssysteme wie Florako, die auch zur Luftverteidigung eingesetzt werden. Auch hier müssen wir investieren. Wir werden weitere Mittel in die Cyberabwehr stecken. Ein wichtiger Faktor sind hier auch die Kompetenzen der Soldaten.

Wie soll Armasuisse all diese Beschaffungsprojekte bewältigen? Sie hatte schon für die nun sistierte Evaluation von Bodluf zu wenig Kapazitäten.

Da bin ich zuversichtlich. Wir haben mit verschiedenen Massnahmen Armasuisse verstärkt, beispielsweise mit internen Verschiebungen und der Anstellung von zusätzlichen Mitarbeitern.

Angesichts des enormen Finanzbedarfs der Armee: Steht der Entscheid für die Olympia-Milliarde nicht schräg in der Landschaft?

Wir geben nicht einfach eine Milliarde, sondern eine Defizitgarantie.

Ein Grossteil ist à fonds perdu!

Die Mittel werden fällig in den Jahren 2022 bis 2026. Die Olympischen Spiele sind ein wichtiges Signal für den Tourismus und die Randregionen.

Interview: Heidi Gmür, Christof Forster

## Bürgerliche Bedenken

Wirtschaftsvertreter stellen den Nutzen eines Verordnungsvetos infrage – zu den Skeptikern gehört auch der künftige FDP-Fraktions-Chef Beat Walti

gmü. Bern · Wenige Tage bevor sich die Bundesratsparteien heute Freitag an den Von-Wattenwyl-Gesprächen die Bedenken des Bundesrats zur Einführung eines Verordnungsvetos auf nationaler Ebene anhören, hat der Zürcher SVP-Kantonsrat Franco Albanese seine Motion für ein ebensolches Veto im Kanton Zürich zurückgezogen. Das ist Zufall – und dennoch einigermaßen pikant. Denn der Rückzug erfolgte, nachdem die Zürcher FDP der Motion ihre Unterstützung entzogen hatte.

Vom Grundsatz her sei das Anliegen richtig, sagt Hans-Jakob Boesch, Präsident der Zürcher Freisinnigen; die Frage sei, ob das Veto das richtige Instrument sei. «Wir kamen nach einer Analyse zum Schluss, dass der Aufwand eines Vetos möglicherweise grösser ist als der Ertrag.» Denn im Prinzip müsste das Parlament jede einzelne Verordnung prüfen.

Ergreife man das Veto nämlich nicht, könne sich die Regierung bei späterer Kritik auf den Standpunkt stellen, das Parlament habe der Verordnung ja stillschweigend zugestimmt. Es gäbe womöglich bessere, weniger bürokratische Wege als ein Veto, sagt auch der Zürcher FDP-Fraktions-Chef Thomas Vogel – und diese sollte man nun prüfen.

Auf kantonaler und nationaler Ebene wird die Einführung eines Vetos des Parlaments gegen Verordnungen der Regierung damit begründet, dass diese immer wieder dem Willen des Gesetzgebers widersprechen. Der Unmut über solche Fälle ist zuletzt gestiegen und hat auf Bundesebene dazu geführt, dass im vergangenen Jahr nach dem Nationalrat erstmals auch eine bürgerliche Mehrheit der ständerätlichen Kommission einem Veto zustimmte. Die nationalrätliche Kommission ist nun daran, eine Geset-

zesvorlage auszuarbeiten. Der Bundesrat ist über diese Pläne alarmiert und hat daher das Thema auf die Traktandenliste der Von-Wattenwyl-Gespräche gesetzt. Bedenken von bürgerlicher Seite dürften ihm nicht ungelegen kommen.

Und tatsächlich werden diese nicht nur von Zürcher FDP-Kantonsräten geteilt. Auch Wirtschaftsverbände haben klare Vorbehalte. Vorstösse für ein Veto könnten zwar Druck auf die Regierung aufbauen, endlich etwas zu unternehmen, sagt Robert E. Gubler, Präsident der Wirtschaftsplattform Forum Zürich. Idealerweise finde man aber einen Weg, um auf die Einführung eines Vetos verzichten zu können. Die Gewaltenteilung sei heute an sich gut austariert. Wenn sich das Parlament ständig mit Verordnungen befassen müsste, so Gubler, dann fehlten ihm die Ressourcen, um sich um seine strategischen Aufgaben zu

kümmern. Ausserdem führe das Veto zu Verzögerungen im Vollzug.

Dem Forum Zürich gehört auch die Zürcher Handelskammer an. Deren Direktorin ist die FDP-Nationalrätin Regine Sauter. Im April 2016 hatte sie dem Vorstoss von SVP-Nationalrat Thomas Aeschi zur Einführung eines Vetos zugestimmt. Heute sagt sie: «Das Veto ist kein Gewinn.» Es gebe eine klare Aufgabenteilung: Das Parlament erlasse die Gesetze, die Regierung die Ausführungsbestimmungen. Wenn man von einem schlanken Staat spreche, müssten auch die richtigen Aufgaben am richtigen Ort angesiedelt sein. Für den Gesetzgeber bedeute dies, möglichst konkret und präzise zu legislieren, um so den Spielraum der Regierung bei der Ausführung einzuschränken. Dass sie Aeschi dennoch unterstützte, begründet sie damit, dass es sich durchaus lohne,

diese Diskussion anzustossen; sie teile den Unmut über ausufernde Verordnungen der Regierung, nur beim Mittel habe sie Vorbehalte. Ebenso wie Beat Walti, notabene künftiger Chef der FDP-Fraktion im Bundeshaus. Es sei aus staatspolitischer Sicht eine Frage der Gewaltenteilung, sagt er, aber auch eine der Eignung des Gremiums: «Kann ein Milizparlament in genügender Tiefe und Kompetenz alle Verordnungen beurteilen?» Es gebe eine Tendenz des Parlamentsbetriebs, zunehmend mitregieren zu wollen, da müsse man aufpassen. Auch er hatte dem Vorstoss von Aeschi zugestimmt. Er spricht von einem nötigen «Schuss vor den Bug des Bundesrats». Am Schluss komme es stark auf die Ausgestaltung der Gesetzesvorlage an; grundsätzlich ziehe er aber ein gezieltes Anwenden der vorhandenen Instrumente einem generellen Veto vor.